Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 314 — Jahrgang 212

Bezugspreis: Für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,50, vierteljährlich Mk. 4,50 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,65, vierteljährlich Mk. 4,95 außer Postgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Dienstag, 1. Juli

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 38 mm breite mm-Grundzeile 20 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 80 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Der neue Streik beschlossen

(Von unserem hf.-Sonderberichterstatter.)

Berlin, 30. Juni.

Die geheime Abstimmung über den Eintritt der Angestellten der Eisenbahn in den Streik hatte folgendes Resultat:

Von 17 478 Stimmberechtigten sind für den Streik 14 785, gegen den Streik 770 und 1923 enthielten sich der Stimme.

Allem Anschein nach wird es sich bei dem gegenwärtigen Ausstand nicht um eine kurzlebige Veranstaltung handeln, sondern es wird mit einem mehrwöchigen Andauern des Streiks gerechnet werden müssen.

Berlin, 30. Juni.

Von der Streikleitung der Berliner Eisenbahnen wird der „Freiheit" mitgeteilt, daß der in der Presse veröffentlichte Bericht über die Versammlungen der Eisenbahner am Sonnabend irreführend sei. In diesen Versammlungen sei nicht beschlossen worden, daß der Streik aufgehoben sei. Im Gegenteil, es sei überall eine Resolution angenommen worden, die sich für unverminderte Fortsetzung des Streiks aussprach. Auch in der gestrigen Versammlung der Beamten im Zirkus Busch sei die Fortsetzung des Streiks beschlossen worden. Die „Freiheit" meldet weiter: Wie ferner von der Streikleitung der Eisenbahner mitgeteilt wird, sind die Streikposten, die bei der Hauptwerkstätte Tempelhof aufgestellt waren, heute morgen gegen 9 Uhr von Regierungstruppen verhaftet worden. Der Führer der Truppen äußerte, er habe Befehl, sämtliche Streikposten verhaften und nach Moabit zu schaffen. Auch in Grunewald sind heute morgen einige Arbeiterräte bei der Eisenbahn verhaftet worden. Durch diese Verhaftungen ist erneut bei den Eisenbahnern die Anschauung entstanden, daß der Erlaß Noskes, der den Streik verbietet, gar nicht aufgehoben ist. Es ist also notwendig, daß sofort durch eine offizielle Kündigung der Erlaß formell aufgehoben wird.

Trotz der Zusicherung aller Organisationsleiter, nach der Aufhebung des Streikverbots für die Eisenbahner werde die Arbeit wieder aufgenommen werden, dauert die Arbeitsniederlegung an, und wilde Streikposten halten die zur Arbeit Kommenden von der Aufnahme ihrer Tätigkeit ab. Höhnisch ist an manchen Stellen von den Streikenden erklärt worden, daß es sie wenig kümmere, wenn in Berlin eine Anzahl von Frauen und Kindern verhungere. Die allgemeinen Interessen werden in frevelhafter Weise völlig von diesen wilden Streikern außer Acht gelassen. Es wird also Pflicht der Regierung sein, dafür Sorge zu tragen, daß unabsehbares Unheil von der Berliner Bevölkerung abgewendet wird. Da die Anordnungen der Organisationsleiter keine Beachtung finden, ist angeordnet worden, daß jedem Versuch den Eisenbahnverkehr weiter zu unterbinden und durch Terrorismus die Arbeitsaufnahme zu verhindern, mit größtem Nachdruck entgegenzutreten ist.

Berlin, 30. Juni.

Im Fernverkehr der Eisenbahn ist eine Besserung festgestellt worden. Vom Anhalter Bahnhof aus sind die Züge fahrplanmäßig abgegangen. Auf dem Potsdamer Bahnhof hofft man, den fahrplanmäßigen Betrieb in den ersten Nachmittagstunden voll aufnehmen zu können. Dagegen ist es bisher nicht gelungen, die Wannseebahn wieder in Betrieb zu setzen, und auf der Stadt- und Ringbahn einen normalen Verkehr zu erreichen. In den Mittagsstunden finden in den Betriebswerkstätten Versammlungen der Eisenbahnarbeiter statt, in denen über die Wiederaufnahme der Arbeit abgestimmt werden soll.

*

Bei der Besetzung des Verschiebebahnhofs Lichtenberg durch ein Kommando der Reichswehrtruppen wurden mehrere Waggons mit Pferden, Ochsen und Kleinvieh vorgefunden, die anscheinend schon längere Zeit dort gestanden hatten, ohne daß sich jemand um die Tiere gekümmert hätte. Eine Anzahl Tiere war bereits verreckt, andere konnten nur durch Notschlachtung der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden. Dem schnellen Eingreifen der Soldaten gelang es, die übrigen Tiere vor dem völligen Verdursten zu retten. Leider ist dieser Vorfall, eine Folge des Eisenbahnerstreiks, nicht der einzige seiner Art.

*

Das Fiasko von Versailles

(Von unserem eigens zur Friedenskonferenz entsandten zv.-Sonderberichterstatter.)

Versailles, 30. Juni.

Der Schlußakt des Kongresses von Versailles, wie die Franzosen so gern das neunwöchige Bombardement mit Druckerschwärze zu nennen pflegen, das sich Sonnabend nachmittag im Spiegelsaale zu Versailles vollzog, darf als ein Fiasko bezeichnet werden. Die Zeremonie hatte nichts von der Feierlichkeit, die ihr die Franzosen geben wollten. Der engbrüstige Saal war voll gestopft mit Menschen. Selbst in dem für die Unterzeichnungsformalitäten reservierten Raum ging die Unterzeichnung des Friedensdokumentes formlos vor sich. Sie machte auf das auserwählte Publikum, dem der Zutritt gestattet war, keinen tiefen Eindruck. Es interessierte sich vielmehr für die springenden Fasser im Park, für die Postkarten- und Markenverkäufer in den Vorsälen. Auf der Journalistentribüne herrschte Tumultstimmung. Es fehlte auch nicht an der in Paris immer noch eine wichtige Rolle spielenden Weiblichkeit aus der Welt, in der man sich nicht langweilt. Dazu kam, daß die amerikanischen, englischen und französischen Photographen und Filmoperateure ohne Rücksicht auf den Ernst des Augenblicks für ihr Geschäft sorgten, und daß einige besonders geschäftige Damen mit einer auffälligen Raffiniertheit tätig waren, immer neue Vertreterinnen ihres Geschlechtes einzuführen, so daß schließlich das Ganze sich zu einer Theaterszene auswuchs. Um den deutschen Journalisten eine besondere Aufmerksamkeit zu erweisen, hatte man ihnen Plätze an der Stelle angewiesen, an der sich Kaiser Wilhelm im Jahre 1871 die deutsche Kaiserkrone aufs Haupt setzte. Man darf wohl sagen, der Verlauf der Feierlichkeit war würdig der siebenmonatlichen Arbeit des Viererrats, denn auch sie zeigte uns, daß einige Ententepolitiker agierten, deren Arbeit nicht einmal ihre Landsleute in ihrer Bedeutung zu erkennen verstehen.

Die Ratifizierung

Eigene Drahtmeldung der „H. Z."

Rotterdam, 30. Juni.

Wie aus Paris berichtet wird, beabsichtigen die Alliierten, den Friedensvertrag schon am Sonnabend zu ratifizieren. Clemenceau hat heute der französischen Kammer den Text des Friedensvertrages vorgelegt, der dann einer besonderen Kommission zur Untersuchung übergeben wird. „Echo de Paris" meint, daß Deutschland den Vertrag am 3. August werde ratifizieren können. Dies wird auch der Zeitpunkt der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland sein. Wegen der Unsicherheit in Deutschland wird vorläufig kein französischer Gesandter, sondern ein Geschäftsträger in Berlin die französischen Interessen vertreten.

(Von unserem hf.-Sonderberichterstatter.)

Frankfurt, 30. Juni.

Der „New-York Herald" meldet, daß einer ihrer Berichterstatter von einem einflußreichen Politiker gehört haben will, daß Deutschland überzeugt sei, daß Japan den Friedensvertrag nicht ratifizieren werde. Es hoffe auch, daß der amerikanische Senat die Ratifizierung ablehne und dann der ganze Vertrag null und nichtig wäre. In Wahrheit wird meiner Auffassung nach, so schreibt der Korrespondent, der Senat entweder den Frieden ratifizieren oder durch einen besonderen Beschluß den Krieg für beendet erklären. Das Volk verlange dringend die Wiederherstellung des Friedenszustandes.

Die Rückkehr aus Spaa

Berlin, 30. Juni.

Die Mehrzahl der Mitglieder der deutschen Kommission in Spaa verläßt am 30. Juni abends die Stadt und kehrt nach Berlin zurück, wo die Hauptabwicklung der Geschäfte vor sich gehen soll. Nur General von Hammerstein, der Vorsitzende der deutschen Kommission, bleibt, wie bereits gemeldet, mit einigen Beamten zur Erledigung der Geschäfte in Spaa zurück. Der englische Vorsitzende, General Hanking, ist bereits von Spaa abgereist. General Nudant, der französische Vorsitzende, dürfte ihm wahrscheinlich am 30. Juni folgen. Die vorläufige Weiterführung der bei der bisherigen Tätigkeit der Waffenstillstandskommission in Spaa sich ergebenden Arbeiten werden die in Frankfurt am Main und Wiesbaden bestehenden deutschen und alliierten Unterkommissionen übernehmen.

Warum China nicht unterzeichnete

Rotterdam, 30. Juni.

Wie schon berichtet, hat die chinesische Regierung sich geweigert, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. In einer Note setzt die chinesische Regierung die Motive auseinander, die sie zu diesem Schritt veranlaßt haben, und sagt, sie empfinde die Regelung der Chantungfrage als eine Ungerechtigkeit.

Ferner erklärt die Note, daß die chinesischen Delegierten schon am 25. Juni einen Protest eingebracht haben. Die Note beschreibt dann die Entscheidung der Korrespondenz, die Japan die deutschen Rechte die Chantung zuspricht und bezeichnet diesen Schritt als den Grund zu einem Protest. Die chinesische Regierung konnte sich also angesichts der einstimmigen Opposition der Bevölkerung nicht entschließen, die Bedingungen des Vertrages anzunehmen.

Man erwartet in Paris, daß dem chinesischen Vorbild bei der Unterzeichnung des österreichischen Friedensvertrages Rumänien folgen werde, das ebensowenig zufrieden mit den Bedingungen ist.

Der Rat der Zehn

Paris, 30. Juni.

Laut „Temps" wird der Rat der Zehn sich künftig wie folgt zusammensetzen: für Frankreich Pichon und Clemenceau, für Amerika Lansing und Oberst House, für England Balfour, Lord Milner und Bonar Law, für Italien Tittoni und wahrscheinlich Marconi, für Japan Makino.

Paris, 30. Juni.

Oberst Henry hat bei Dutasta angefragt, ob die Deutschen sich frei in den Straßen bewegen dürften. Eine Antwort ist noch nicht erfolgt. Der freie Verkehr wird aber um die Hotels, die von den Deutschen bewohnt werden, rasch wiederhergestellt sein.

Frankreichs Sozialisten gegen den Frieden

Paris, 30. Juni.

Der „Matin" teilt mit, daß der Sozialistenbund des Seinedepartements am Sonntag tagte. Mit 6800 Stimmen und 10 Stimmenthaltungen wurde eine Entschließung angenommen, in der erklärt wird, daß die Sozialisten in der Kammer gegen den Friedensvertrag stimmen sollen. Eine andere Entschließung erklärt, daß die Sozialistenen-Delegation am 14. Juli nicht an der Siegesfeier teilnehmen soll. Der 14. Juli bliebe für die Sozialisten Frankreichs ein Trauertag.

Nach der deutschen Sonnenwende

Von Arthur Dix.

Im Spätsommer 1918, als erst ein kleiner Kreis die ungeheueren Gefahren des drohenden deutschen Zusammenbruches erkannte und die Männer draußen im Schützengraben — abgesehen von der Ecke, an der sich die folgenschwere Katastrophe vom 8. August abspielt — noch keine Ahnung vom kommenden Verhängnis hatten — schrieb mir ein junger Freund aus den Vogesen von einer Naturbeobachtung, wie man sie draußen Dutzende von Malen erlebt, ohne sich irgend etwas dabei zu denken. Von einem ganz finsteren Sonnenuntergang berichtete er, bei dem ihm plötzlich Ahnungen deutscher Zukunft aufgetaucht waren. Aber dann schienen schließlich doch wieder die Sterne und er suchte freundlicher zu symbolisieren. Dieser Ausdruck plötzlichen Ahnens bewegte mich umso tiefer, als ich zu jener Stunde die Illusion des nachfolgenden Umdeutens ins Lichtvollere innerlich durchaus ablehnen mußte — es ging der deutschen Sonnenwende entgegen. Die Nacht, die schwarze (meldete sich zum Triumph). Nacht wie Todesahnen, Dämmerung deckt die Lande. Zur Zeit der letzten Sonnenwende brach sie unerbittlich heraus, die Nacht für Deutschland. Heute haschen wir sehnsüchtig nach einzelnen Sternen — wissend, daß die Sonne uns Lebenden nicht mehr scheinen wird.

Wie oft ist wohl in den letzten Wochen daran erinnert worden, daß die deutsche Geschichte ein dauerndes Auf und Ab, daß auch auf den 30jährigen Krieg und auf Jena und Tilsit wieder Zeiten hohen Aufstiegs gefolgt sind. Daß ein 60-Millionen-Volk nicht sterben könne und daß der Friede von Versailles nicht von Bestand sein werde. Das scheint ja gewiß: Dieser Schmachfrieden ist in seiner Vergewaltigungsform derart unerhört, daß er schließlich durch sein eigenes Uebermaß zerbersten muß. Aber die andere Frage ist, ob der Zusammenbruch dieses Friedens uns den erhofften Gewinn, ob er uns die Genesung bringen, ob uns die Sonne wieder scheinen wird.

Ein Stern leuchtete auf: Scapa Flow. Doch die finstere Wolke des Weimarer Montags verdüsterte wieder alles. Ist unser moralischer Sturz nicht viel zu tief, um eine baldige Gesundung glauben machen zu können? Das ist ja doch das in Wahrheit Entscheidende, daß der Krieg unser Volk schließlich um jeden sittlichen Halt gebracht. Dies ist der wahre englische Sieg, die Zertrümmerung des deutschen Geistes, die Vermorschung der deutschen Seele. Greift man zu hoch, wenn man heute 90 Proz. „Schieber" in Rechnung setzt? Und die Mehrzahl der Nichtschieber durch Entbehrung und Enttäuschung entnervt, zermürbt. In seinem ersten Aufsatz, den er nach seinem Rücktritt veröffentlichte, betont Scheidemann, daß sein Nachfolger sich nur wegen mangelnden moralischen Vertrauens zum deutschen Volk zur Unterschrift entschließen mußte und brandmarkte mit fast antisemitischer Geste die Haase und Cohn als die eigentlich Schuldigen (die mit russischem Gelde der Trotzki u. Gen. das Volk verseucht haben). So weit sind wir.

Aus dem Osten kam die Finsternis. Aus dem Osten kam die Ueberschwemmung Deutschlands mit politischen Agenten, die uns das Mark aus den Knochen sogen. Aus dem Osten kam der Zusammenbruch. Der Osten (Wien!) ertötete den deutschen Siegeswillen. Wie galliger Hohn klingt es, wenn heute das Organ der ehemaligen Wiener Hofjesuiten „feinen" Erzberger, dem jene ihre defaitistische Politik eingeimpft hatten, über den grünen Klee lobt, weil er — — „günstige (!!) Waffenstillstandsbedingungen" erwirkt hätte und der Mann mit den Nervenkräften wäre, Deutschland (das er so tief hineingeritten!) wieder aus dem Sumpf herauszuführen! Wird aus dem Osten auch wieder das Licht aufgehen? Dort ist ein Rest Preußen, dem die Schmach am empfindlichsten brennt, der verraten und verkauft ist an die Polen, deren Sache den Hintermännern Erzbergers stets wichtiger war als die deutsche. Werden diese Preußen die Fähigkeit haben, sich aufzurichten und ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen — vorläufig abseits des Reiches, das sie verlieh? Wird ein drittes Tannenberg dem ersten oder zweiten ähneln? Wird wie 1813 von Königsberg und Breslau das deutsche Wiedererwachen ausgehen? Wer wagt es heute zu hoffen? Wo sind die Männer, die uns den Weg zu neuer Freiheit, zu neuer Ermannung weisen?

Deutschland ist seelisch krank, totkrank. Daß es gleichwohl noch deutsch denkende Männer gibt, zeigte Scapa Flow. Ein Rest von ihnen harrt noch heute aus im deutschen Offizierskorps, sehr zum Verdruß der Haase und Cohn. Und noch harren trotz Rathenau und anderen Weltbeglückern die führenden Männer des deutschen Wirtschaftslebens treu auf ihrem Posten aus, bereit, auch unter erschwerendsten Umständen am deutschen Wiederaufbau mitzuarbeiten. Noch hat trotz allem der zerstörende Bolschewismus sich in Deutschland nicht zur Herrschaft aufzuschwingen vermocht. Möglich, daß der furchtbare äußere Druck uns doch noch zusammenschweißt und stählt und aufrafft. Möglich auch, daß dem ost- und mitteleuropäischen Chaos ein Weltchaos folgt, aus dem Deutschland früherer und sicherer zur Ordnung zurückkehren mag als andere. Aber — wir haschen nach den Sternen! Unsere Sonne sank, und schwerlich wird sie uns Lebenden wieder leuchten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907011-15/fragment/page=0001

Die Abtretung im Osten

(Von unserem hf.-Sonderberichterstatter.)

Berlin, 30. Juni.

Mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages ist die Abtrennung eines großen Teiles von Westpreußen und Posen von Deutschland und ihre Angliederung an den polnischen Staat grundsätzlich anerkannt worden. Die Folgerungen aus diesem erzwungenen Zugeständnis müssen gezogen werden. Indessen bleibt im Osten alles beim alten. Die im Februar festgelegte Linie wird auch während der nächsten Wochen von beiden Teilen anerkannt werden müssen und die preußischen Behörden versehen in den der Abtrennung verfallenen Gebieten weiter ihre Funktionen. Ebenso wird das deutsche Militär noch die Grenzen besetzt halten. Man darf erwarten, daß auch die polnischen Bewohner Uebergriffe zu vermeiden wissen, da sonst die Auseinandersetzungen sich bedenklich zuspitzen müßten. Wenn keine Zwischenfälle eintreten, wird die Uebergabe aus deutscher in polnische Hand erst dann vor sich gehen, wenn der Friedensvertrag ratifiziert und daraufhin ein allgemeines Einvernehmen zwischen beiden Vertragsberechtigten erzielt sein wird. Das dürfte in 3 bis 4 Wochen der Fall sein. Dann erst wird die Uebergabe der deutschen Verwaltung und des staatlichen Eigentums an das polnische Reich erfolgen. Für den preußischen Teil werden die bisherigen Oberpräsidenten Schnackenburg und v. Bülow als Staatskommissäre mit außerordentlichen Vollmachten ernannt, um die preußischen Interessen zu vertreten.

(Von unserem hf.-Sonderberichterstatter.)

Königsberg, 30. Juni.

Infolge der bevorstehenden Abtrennung herrscht unter den Bewohnern des Kreises Ragnit nördlich der Memel große Bestürzung. Die Kreissparkasse wurde von Hunderten gestürmt, die infolge der Loslösung den Verlust ihrer Einlagen befürchten.

Energisches Eingreifen

Verhaftungen von Kommunisten.

(Von unserem hf.-Sonderberichterstatter.)

Berlin, 30. Juni.

Heute abend wurde eine große Zahl Kommunisten verhaftet, teils durch die Staatsanwaltschaft, teils durch die Garde-Kavallerie-Schützen-Division. Unter anderen wurde auch der bekannte Kommunistenführer Herfurt festgenommen, der sich bei seiner Verhaftung energisch wehrte. — Der Verkehrsstreik ist heute nachmittag Gegenstand der Beratungen im Reichs- und preußischen Kabinett gewesen. In beiden Sitzungen sind die für den Fall von Ausschreitungen zu treffenden Maßnahmen von der Regierung beschlossen worden.

Hamburg vor der Besetzung

(Von unserem hf.-Sonderberichterstatter.)

Hamburg, 30. Juni.

Die Regierungstruppen werden unter Lettow-Vorbeck morgen früh gegen 5 Uhr in Hamburg einrücken und zwar von verschiedenen Seiten her, im Osten von Wandsbeck, im Westen von Bahrenfeld und im Südosten von Winterhude her. —

Heute erfolgte die Beisetzung eines Teiles der bei dem Putsch getöteten 62 Opfer. Die Toten wurden in dem gemeinsamen Grabe neben den Opfern der Revolution vom November beigesetzt. —

Die Durchsuchung nach Waffen wird in der ganzen Stadt systematisch durchgeführt. Auch die Straßenbahnwagen werden angehalten und die Fahrgäste nach Waffen durchsucht. Große Vorräte wurden bereits beschlagnahmt.

Unruhen in Bielefeld

(Von unserem hf.-Sonderberichterstatter.)

Bielefeld, 30. Juni.

Die Unruhen wegen der hohen Lebensmittelpreise haben heute eine Fortsetzung in schärfstem Maße erfahren. Es kam zu blutigen Zusammenstößen, bei denen von der Schutzwache und von Handgranaten Gebrauch gemacht werden mußte. Dabei wurden einige Personen getötet und etwa 10 verwundet. Um 2 Uhr nachmittags war es den Kommunisten gelungen, die gesamten Waffenvorräte der Polizei und Sicherheitswehr in ihre Hand zu bringen und das Rathaus zu besetzen. Die Spartakisten sind vollständig Herren der Lage.

Waffenverkauf

Eine Verordnung Noskes.

Berlin, 30. Juni. (Amtlich).

Besondere Vorkommnisse veranlassen mich auf Grund § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand, allen, im Bereiche des Belagerungszustandes gelegenen Waffen- und Munitionsfabriken sowie Zwischenhändlern jeglichen Verkauf von Waffen, Munition und Sprengmitteln zu untersagen. Zuwiderhandelnde werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft.

Ich mache die Polizeibehörden für die Ueberwachung und Durchführung dieses Verbotes verantwortlich.

Der Bolschewisten-Krieg

(.) Amsterdam, 30. Juni.

Die Armee des Generals Denikin macht auf einer Front von 900 Meilen zwischen dem Kaspischen Meere und der Krim an allen Stellen Fortschritte. Die Bolschewisten haben Bjelgorod, etwa 50 Meilen nördlich Charkow, geräumt. Der Fall von Charkow steht unmittelbar bevor. Wie verlautet, ist auch der Ostteil von Zarizyn von den Truppen Denikins eingenommen worden. Der linke Flügel Denikins hat Pawlograd erreicht, und der Vormarsch dieses Flügels bedroht die Verbindung der Bolschewisten mit der Krim. Die Bolschewisten haben Feodosia in aller Eile geräumt.

Helsingfors, 30. Juni.

Die Bolschewisten entwickelten eine gesteigerte Tätigkeit. Südlich des Finnischen Meerbusens ist Krasnaja Gorka erneut in ihre Hände gefallen. Am Systerbeck, wo sie Verstärkungen erhielten, wurden zwei Versuche, Brücken über den Fluß zu schlagen, durch finnländisches Feuer vereitelt. Am nördlichen Ladogasee erschienen sieben bolschewistische Fahrzeuge vor Vitelio (?). Aufgebotene Mannschaften besetzten den Ort und schnitten dadurch die rückwärtige Verbindung des Olonezer Freikorps ab. Der finnländische Generalstab ist in den Besitz eines Angriffsplanes gelangt, der die Eroberung des südlichen Finnland mit den Städten Wyborg und Helsingfors durch eine Streitkraft von 25 000 Mann vorsieht und mit der Unzuverlässigkeit der regulären finnländischen Truppen rechnet.

*

Die hinausgeworfenen Türken

Paris, 29. Juni.

Clemenceau richtete am 28. Juni ein Schreiben an die türkische Delegation, in dem er mitteilte, daß die alliierten und assoziierten Mächte der türkischen Delegation für die der Friedenskonferenz unterbreiteten Mitteilungen dankten. Diese Mitteilungen seien sorgfältig erwogen worden. Da sie jedoch internationale Fragen aufwerfen, und eine sofortige Beschlußfassung leider unmöglich sei, seien die alliierten und assoziierten Mächte in der Anschauung, daß eine Verzögerung unvermeidlich ist, der Ansicht, daß durch die Verlängerung des Aufenthalts der Delegation in Paris Zeit nicht gewonnen werde. Die alliierten und assoziierten Regierungen würden jedoch nicht versäumen, sich sofort mit der türkischen Regierung zu weiterem Gedankenaustausch in Verbindung zu setzen, und versprächen sich davon günstige Ergebnisse.

Die Bekleidung der Reichswehr

Die Revolution hat ja mancherlei Neuerungen gebracht, ob sie alle gut sind, das lassen wir freilich dahingestellt. So gibt man denn auch unserem Militär neue Abzeichen und anderes. Es ist wirklich zweifelhaft, ob sie zweckmäßiger und besser als die alten sind, auch schöner sind sie auf keinen Fall. Die Hauptsache eines Heeres ist doch nicht die Kleidung, sondern der innere Kern der Truppe, die Disziplin, die Zuverlässigkeit, die Treue und Hingabe, wie wir sie in unserem alten Heere hatten. Ob die jetzt mit der neuen Uniform auch erneut, vertieft und gefestigt wird, das möchte ich doch sehr bezweifeln.

Das Grundtuch der neuen Uniform ist feldgrau geblieben. Die Abzeichen der Reichswehr bestehen aus einem weißmetallenen Eichenlaubkranz, der die deutsche Kokarde der Mütze umgibt, aus abnehmbaren Armspiegeln auf beiden Oberarmen am Feldrock und Mantel, auf dem der Truppenteil durch seine Nummer verzeichnet ist, und schließlich aus den Schulterschnüren, die statt der bisherigen Achselklappen auf Rock und Mantel angebracht sind. Mehrleute, Gefreite und Obergefreite tragen feldgraue, alle Unteroffiziere und Offiziere Schnüre aus Drahtgespinst und zwar bis zum General silberne, Generale mattgoldene. An den Schulterschnüren der Mehrleute sind feldgraue, an denen der Unteroffiziere mattsilberne, der Offiziere silberne, der Generale goldene Schieber.

Die neuen Dienstgradabzeichen bestehen für alle Dienstgrade in mattsilbernen, einen Zentimeter breiten Tressen an den Aermeln des Feldrocks und Mantels, die von den Gefreiten und Unteroffizieren an den Oberärmeln unter den Armspiegeln, von den Offizieren an den Unterärmeln oberhalb der Aufschläge getragen werden. Gefreite und Obergefreite tragen eine wagerechte Tresse, Unteroffiziere einen, Sergeanten und Fähriche zwei Tressenwinkel (zu etwa 45 Grad mit der Oeffnung nach oben), Vizefeldwebel einen aus drei Tressen zusammengesetzten breiten Winkel, Feldwebel, Oberfeuerwerker denselben breiten und 1 Zentimeter darüber einen einfachen Tressenwinkel. Bei Offizierstellvertretern, Obermusikmeistern, Musikmeistern, Unterärzten, Unterveterinären hat die unterste Tresse des Feldwebelabzeichens eine Schleife, doch bedeutet dies keine Aenderung ihres bisherigen Ranges. Bei Offizieren geht die Tresse rund um die Aermel; bei den Leutnants und Hauptleuten hat die jeweils oberste eine Schleife; Feldwebelleutnants und Leutnants tragen einen, Oberleutnants zwei, Hauptleute und Rittmeister drei Streifen; bei den Stabsoffizieren und Generalen sind die Streifen zu einer Spitze nach oben gebogen. Majore haben einen breiten, aus drei Tressen zusammengesetzten Streifen, Oberstleutnants 1 Zentimeter darüber einen, Obersten zwei einfache Streifen; bei Generalen besteht die zusammengesetzte aus fünf Streifen, Generalleutnants haben einen, Generale der Infanterie usw. zwei einfache Streifen darüber. — An den Drillröcken und -jacken werden die gleichen Abzeichen in der bisherigen 7 Millimeter breiten Borte getragen.

Die Bekleidungsstücke sind der Stahlhelm, die Feldmütze, die Dienstmütze — nur für die Heimat, wenn nicht Stahlhelm oder Feldmütze befohlen — der Feldrock, Halsbinde, Drillichzeug, Mantel, Stiefelhose für alle Waffen, lange feldgraue Tuchhose für alle Waffen, jedoch ohne Vorstoß. Die Fußbekleidung besteht für Unberittene aus schweren Schnürschuhen mit feldgrauen Wickelgamaschen, für Berittene aus hohen Lederstiefeln, außerdem haben alle Waffen leichte Schnürschuhe. Alle Waffen tragen das Einheitskoppel mit mattweißmetallener Schloßschnelle und Seitengewehrtasche. Berittene tragen Anschnallsporen. Gleichmäßig als Seitenwaffe für alle Angehörige der Reichswehr ist das kurze Seitengewehr, übergeschnallt am Koppel, eingeführt.

Auch für die Grußpflicht sind neue Bestimmungen erlassen worden. Dabei ist bemerkt, daß der militärische Gruß nicht ein Zeichen des Zwanges und der Unterwürfigkeit, sondern der Ausdruck der Kameradschaft und Zusammengehörigkeit im Heere ist. Vorgesetzte und Untergebene haben sich gegenseitig zu grüßen, aber einen einseitigen Grußzwang gibt es nicht, beide sind zum Gruß verpflichtet. Der Gruß wird von allen Heeresangehörigen in der Bewegung im Gehen und Sitzen durch Anlegen der rechten Hand an die Kopfbedeckung ausgeführt. Nur beim Anzug mit Gewehr, ohne Kopfbedeckung oder bei Behinderung der rechten Hand wird der Gruß durch Stillstehen, Stillsitzen oder Vorbeigehen in gerader Haltung erwiesen.

Politische Streiflichter

Die Landarbeiter unter dem Zwange der „neuen Freiheit". Aus der Gegend von Striegau wird uns berichtet: Hier wird jetzt die Hackarbeit auf dem Rübenfeld vorgenommen, es wird nach Akkord gearbeitet. Da ist es vorgekommen, daß Frauen und Mädchen arbeiten wollten zu Zeiten, die außerhalb der üblichen Arbeitszeit liegen, die aber den Frauen wegen ihrer häuslichen Obliegenheiten bequem waren. Daran sind sie durch weibliche sozialdemokratische Aufpasser gehindert und ihnen außerdem 50 Pfg. Strafe für die Parteikasse abgepreßt worden. Die Landarbeiter sehen nun schon, daß die kommende sozialistische „Ordnung" den Zuchthausstaat bedeutet. Jetzt fängt die Unfreiheit mit den Arbeitszeiten an, später wird im sozialistischen Staate die freie Berufswahl notwendigerweise aufhören müssen. Die Lebensmittelzwangswirtschaft, deren üble Seiten die Landarbeiter ja hinreichend kennen gelernt haben, soll bekanntlich nicht nur beibehalten, sondern sogar noch verschärft werden. Freilich sind viele Landarbeiter, die sozialdemokratisch gewählt haben, höchst erstaunt, wenn sie hören, daß es gerade ihre Minister und Parteileute, die Abgeordneten, die sie in die Nationalversammlung, den Landtag oder Kreistag geschickt haben, sind, die noch auf Verschärfung hinarbeiten. Das haben ihnen die sozialdemokratischen Agitatoren wohlweislich verschwiegen, ja, es ihnen womöglich so dargestellt, als könnten sie durch die Wahl von Sozialisten eine schnelle Beseitigung der Zwangswirtschaft erreichen. Und nun sehen sie unter der „neuen Ordnung" allenthalben den unerträglichen Zwang!

Copyright by Carl Duncker 1918. (Nachdruck verboten.)

Das grüne Kuvert

11] Erzählung von Otfried von Hanstein.

„Ich darf Ihnen weiter nichts sagen. Sie werden das alles schon erfahren, wenn Sie es nicht besser wissen als ich. Nur soviel will ich Ihnen mitteilen, daß der Haftbefehl Ihnen von Deutschland nachgeschickt worden ist, und zwar auf Antrag des Kommerzienrats Rodewald in Berlin."

„Das ist nicht wahr."

„Ich muß Sie bitten, in Ihren Aeußerungen vorsichtiger zu sein und nicht einen Beamten der Lüge zu bezichtigen. Und nun kommen Sie gutwillig mit, oder wollen Sie wirklich, daß ich Ihnen Handschellen anlege?"

Er nahm ein paar verdächtige Dinger aus seiner Tasche, aber Arnold, der wie verstört war, wehrte ab.

„Nein, nein. Wenn Sie wirklich ein Kriminalkommissar sind, — ich leiste ja keinen Widerstand — aber ich bin ja ganz fassungslos. Ich habe gar keine Erklärung. Ich bin von meinem Chef hierher gesandt. Ich kenne von ihm nur Beweise eines Vertrauens und nun, in dem Augenblick, wo ich mich seines Auftrages entledigen will, treten Sie mir mit einem Haftbefehl gegenüber für den mir jede Erklärung fehlt, denn ich bin mir keiner Schuld bewußt — —"

„Um so besser für Sie, aber wir haben keine Zeit. Sind das Ihre Papiere?"

„Ja."

Der Kommissar tat sie und Arnolds kleine Reiseabseligkeiten in die braune Ledertasche.

„Nehmen Sie Ihren Hut und Mantel. Stock und Tasche trage ich. Und nun gehen Sie voran. Aber machen Sie mir keinen Fluchtversuch. Hier sehen Sie, in der Hand habe ich einen scharf geladenen Revolver. Ich will ihnen als gebildetem Manne nur die Schande ersparen, Handfesseln zu tragen."

Er ging mit gesenktem Kopf und wagte es nicht, nach der Hotelloge zu schielen, hinter der der Direktor stand und ihn sicher beobachtete. Den anderen Gästen fiel das Paar weiter nicht auf.

Vor der Tür stand ein Wagen.

„Ich denke, es ist Ihnen lieber, wir fahren, freilich müßte dies auf Ihre Kosten geschehen."

„Ich bitte darum."

Sie stiegen in das geschlossene Gefährt. — Arnold war die Lust am Schauen vergangen, und der Kommissar, der kein Wort weiter sprach, hielt sein Handgelenk mit seiner Rechten umfaßt wohl um ihm die Lust zu nehmen, gelegentlich aus dem Wagen zu springen und einen Fluchtversuch zu machen.

Die Fahrt dauerte endlos, bis dann die Droschke auf dem abgeschlossenen Hof eines altersgrauen, festungsähnlichen Gebäudes, der Polizeidirektion, hielt.

„Wir sind da, nun kommen Sie."

Willenlos stieg er hinter dem Beamten die Steintreppe empor und wurde durch ein Wachtlokal, in dem eine Anzahl uniformirter Konstabler saß, in ein Büro geführt, wo ihm ein älterer Herr mit durchaus freundlichen Zügen entgegentrat.

Der Kommissar meldete: „Arnold Becker aus dem Hotel Dagmar, Herr Direktor."

„Es ist gut. Ich danke."

Er wandte sich zu Arnold.

„Sie geben es zu, Arnold Becker zu heißen und aus Berlin zu sein?"

„Gewiß; aber — —"

„Einen Augenblick, Sie können gleich fragen. Kennen Sie in Berlin den Kommerzienrat Rodewald?"

„Gewiß, er ist ja mein Chef."

„Gut. Henderson, telegraphieren Sie sofort nach Berlin, daß der Gesuchte eingeliefert ist. Und nun? Was wollten Sie fragen?"

Der alte Herr hatte etwas so ruhiges, wohlwollendes in seiner Stimme und in seiner ganzen Art, daß Arnold unwillkürlich Vertrauen faßte.

„Ich bitte Sie, Herr . . . ich weiß nicht, mit welchem Titel ich Sie anreden darf — haben Sie Erbarmen. Man verhaftet mich in dem Augenblick, als ich im Begriff stehe, einen Auftrag meines Chefs auszuführen, auf den ich stolz war. Ich habe keine Ahnung, was der Grund dieser Maßnahme sein kann. Es muß irgend eine furchtbare Verwechselung vorliegen. Ich bitte Sie, geben Sie Aufklärung darüber."

Mit seinem liebenswürdigen Lächeln erwiderte der Alte: „Ich bedauere aufrichtig, Ihnen gar nichts sagen zu können, denn ich weiß selber nichts. Vor zwei Stunden erhielten wir eine Depesche von der Berliner Kriminalpolizei, in der wir ersucht wurden, nach einem gewissen Arnold Becker, der vielleicht im Hotel Dagmar abgestiegen sein soll, zu fahnden, da derselbe auf Ansuchen des Kommerzienrats Rodewald zu verhaften sei. Weiter weiß ich gar nichts und habe, wenn ich jetzt meine Depesche aufgebe, meine Pflicht erfüllt. Ich muß Sie in Haft behalten, bis wir weitere Weisungen aus Berlin erhalten, die ja im Laufe des Tages kommen werden.

Im übrigen, machen Sie sich keinerlei Sorge. Wenn Sie, was ich Ihnen von ganzem Herzen wünsche, ein gutes Gewissen haben, dann wird sich ja alles aufklären. Im übrigen stehen Sie unter dem Schutze der dänischen Gesetze, und Dänemark liefert nur wegen schweren Verbrechen aus. Ist also Ihr Gewissen rein, dann haben Sie durchaus nichts zu fürchten. Henderson — — führen Sie den Häftling in Zelle 17."

„Herr . ."

„Ich bitte, mich zu entschuldigen."

Immer liebenswürdig und stets das gleiche wohlwollende Lächeln auf seinem Gesicht, verschwand der freundliche Herr im Nebenzimmer, und Arnold blieb nichts übrig, als dem Wachmann, der kein Wort Deutsch sprach, zu folgen. Sie gingen durch allerhand Korridore, bis er einem Schließer übergeben wurde, der ihn in eine kleine, sehr karg ausgestattete Zelle brachte und hinter ihm zuschloß.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907011-15/fragment/page=0002

Stadtverordnetensitzung in Halle

Dauersitzung — Pressestreik — Für und wider Theaterdirektor Sachse

Lebensmitteldebatte

Die gestrige Stadtverordnetensitzung zog sich durch ausgedehnte Debatten wieder ungewöhnlich in die Länge. Als die Aussprache über die Lebensmittelteuerung in der neunten Abendstunde noch keine Aussicht auf Beendigung bot, beschlossen die Vertreter der Presse um 8.15 Uhr einstimmig, von einer weiteren Berichterstattung über die Sitzung Abstand zu nehmen.

*

Der Vorsitzende gibt bekannt, daß die unbesoldeten Stadträte **Hertel** und **Kilian** ihre Aemter der Stadtverordnetenversammlung zur Verfügung gestellt haben. Weiter wird Mitteilung gemacht, daß die **Entscheidung der Regierung** betr. die Existenzfrage des hiesigen **Arbeiterrates** auf die Anfrage des Stadtv. Minner vom 19. Mai beim Magistrat eingegangen ist. Ueber die Angelegenheit soll in nächster Sitzung verhandelt werden. — Weiter liegt eine Eingabe eines Werkmeisters der städtischen Straßenbahn auf anderweitige Stellung vor; die Sache wird dem Petitionsausschuß überwiesen. — Eine **Eingabe** Hallescher Bürger erhebt in einer Eingabe Beschwerde über die **Auswahl der Kinder**, die nach **Norwegen** geschickt worden sind. Es wird beschlossen, diese Eingabe dem Magistrat als Material zu überweisen mit der Bitte, daß in Zukunft auch Mädchen der Mittelschule der Frankeschen Stiftungen Berücksichtigung bei der Auswahl finden mögen. — Die hiesigen Naturheilvereine bitten, bei der **Errichtung eines gesundheitlichen Wohlfahrtsamtes** Vertreter aller Gesundheits- und Naturheilvereine hinzuzuziehen; die Petition wird dem Sozialen und dem Rechts- und Verfassungsausschuß überwiesen. — Ein Gesuch der Magistratshilfsbeamten geht dahin, alle Hilfsbeamten, die sich in einer zehnjährigen Dienstzeit bewährt haben, zu Magistratsbüroassistenten zu befördern. Es wird beschlossen, das Gesuch dem Rechts- und Verfassungsausschuß zu überweisen. — Es liegt weiter ein Gesuch der „Freien Jugend", Ortsgruppe Halle, vor um Ueberlassung an Räumen, desgleichen drei Anträge des Stdtv. **Splett**, die sich mit der Jugendfrage und einer anderweitigen Zusammensetzung des Hauptausschusses des Jugendamtes befassen. Weiter liegt vom Verein für Jugendliche ein Gesuch vor, ihm Unterkunftsräume zur Verfügung zu stellen. — Oberbürgermeister Rive verpflichtete den an Stelle des ausgeschiedenen Stdtv. Hoffmann (Dschnat.) neu eintretenden Bergrat **Schrader** (Dtschnat.) und führte ihn in sein Amt als Stadtverordneter ein. — Ein Dringlichkeitsantrag der Unabh. soz. Fraktion betr. die Preisherabsetzung für Obst, Gemüse, Fett und Fleisch soll als letzter Punkt der Tagesordnung behandelt werden.

Alsdann wird in die eigentliche Tagesordnung eingetreten:

Infolge Auflösung der Stadtverordneten-Versammlung sind die Stadtverordneten Hüllemann, Reiling und Völker aus dem Schulausschuß für das städtische Lyzeum nebst Studienanstalt und die städtische Frauenschule ausgeschieden. Die Versammlung wählt die Stadtvv. Kreisschulinspektor **Busse**, Studienrat **Hoë** und Frl. **Schrecker** in den Schulausschuß.

Einheitstarif für die Straßenbahn.

Entsprechend dem Beschlusse der Stadtverordneten-Versammlung vom 16. Juni beantragt der Magistrat erneut, der von ihm am 20. Mai vorgeschlagenen **Tariferhöhung für die städtische Straßenbahn** unter Berücksichtigung der vom Haushaltsausschuß am 12. Juni festgesetzten Abänderungen zuzustimmen. Hiernach würden auf der städtischen Straßenbahn vom 1. Juli d. J. ab zu erheben sein:

Bei Einzelfahrten: Bis zu 8 Teilstrecken 20 Pfg., für mehr als 8 Teilstrecken 25 Pfg.; **Monatskarten:** Bis zu 7 Teilstrecken 14 Mk., für mehr als 7 Teilstrecken 22 Mk.; **Arbeiterwochenkarten** ohne Rücksicht auf die Zahl der Teilstrecken 1,50 Mk.; **Schülerwochenkarten**, desgleichen, 1,25 Mk.; **Arbeiterwochenkarten** für 1 Fahrt vor 8 Uhr morgens an den 6 Wochentagen 0,75 Mk.; **Sonderwagen:** Kleine Motorwagen und Anhänger: Grundpreis für 1 Teilstrecke 8 Mk., mindestens jedoch 9 Mk.; große Motorwagen: Grundpreis für 1 Teilstreße 4 Mk., mindestens jedoch 12 Mk.; **Beamtenfahrkarten:** Für 12 Fahrten 2 Mk.; für 24 Fahrten 4 Mk.; **Fahrscheinhefte** (ohne Vergünstigung) mit 10 Fahrscheinen für 8 Teilstrecken 2 Mk.; **Postmarken** (ohne Vergünstigung) für 3 Teilstrecken: 20 Pfg.; **Strafgebühr:** 2 Mk.

— Stadtv. Ritter empfiehlt namens des Haushaltausschusses, die Magistratsvorlage dahin abzuändern, daß bei zu drei Teilstrecken nicht 20 Pfg. und für mehr als drei Teilstrecken nicht 25 Pfg. erhoben werden soll, sondern für alle Strecken einen **Einheitstarif von 20 Pfg. einzuführen.** Hervorzuheben sei hier noch, daß neben den Arbeitern auch alle Beamte und Angestellte, die kein Einkommen von mehr als 4000 M. beziehen, Anspruch haben auf Fahrpreisermäßigung. Oberbürgermeister **Rive** weist die Versammlung auf den Rechtsstandpunkt betr. die verbilligten Wochenkarten für Angestellte hin. Gesetzlich besteht die Vergünstigungsmöglichkeit nur für Karten, die von **Handarbeitern**, Arbeitern im engeren Sinne, benutzt werden. Für Angestellte, Beamte müßte würde die Wochenkarte mit der Steuer belegt werden müssen. Der entsprechende Beschluß würde ferner bewirken, daß künftig an Hunderte, die mehr als 4000 M. Einkommen haben, keine Wochenkarten mehr abgegeben werden können. — Stadtv. **Ziegler** (Dschnat.) hält es für durchaus richtig, daß man heute, dem sozialen Gedanken folgend, die Grenze auch für **Arbeiter**vergünstigungen auf 4000 M. festsetzt, und darunter **allen** Angestellten Verbilligungen schafft. — Die Vorlage wird angenommen. —

Die Intendanz des Stadttheaters

Die Anstellung des Intendanten für das Stadttheater, die auf der Tagesordnung der **nichtöffentlichen** Sitzung steht, wird auf Antrag des Stadtv. Koenen **in die öffentliche** Sitzung verlegt, nachdem der Vorsitzende der Versammlung die einschlägigen geschäftsordnungsmäßigen Bestimmungen der Städteordnung zur Kenntnis gebracht hat. Stadtv. Brinkmann berichtet namens der Theaterdeputation über die Vorlage. Der Magistrat hat der Vorlage folgende Begründung beigegeben, die wir hier im vollen Wortlaut wiedergeben möchten.

„Die Stadtverordneten-Versammlung hat am 11. d. M. den Antrag des Magistrats, das Stadttheater am 1. September 1920 in die eigene Regie der Stadtverwaltung zu nehmen, mit der Abweichung angenommen, daß die eigene Regie bereits am 1. September 1919 beginnen soll. Der Magistrat hat diesem Beschlusse zugestimmt und dem Ersuchen der Versammlung, die Aufhebung des mit Herrn Direktor Sachse bis zum 31. August 1920 bestehenden Theaterpachtvertrages für den 31. August 1919 herbeizuführen und die Intendanz des Stadttheaters vorzubereiten, entsprochen. Beiden Zwecken soll der anliegende Vertragsentwurf dienen. In ihm beantragen wir, Herrn Direktor Sachse vom 1. September 1919 ab als Intendanten anzustellen. Herr Sachse leitet das Stadttheater seit dem 1. September 1915. In diesem fast vierjährigen Zeitraum, von dem überdies jedes der letzten 3 Jahre als ganzjährige Spielzeit in Betracht kommt, hat er in künstlerischer, bühnen- und verwaltungstechnischer sowie in sozialer Beziehung diejenige Beschaffenheit gezeigt, welche das volle Vertrauen zu seiner Berufung als Intendant rechtfertigt. In Uebereinstimmung mit der Theaterdeputation erwarten wir auf Grund genauer Kenntnis seines Könnens und Wollens, daß er die Leistungen, die er gemäß seinem bisherigen Vertrage als Unternehmer zuwege gebracht hat, in Verbindung mit den neuen Kräften der städtischen Regie als Intendant übertreffen wird. Selbstverständlich verhehlen wir uns nicht, die Einwendungen, die sich auch gegen seine Theaterleitung stellenweise geltend gemacht haben, aber es wird, abgesehen davon, daß selbst die idealste Theaterleitung nie einwandfrei sein wird, unbestritten bleiben, daß die Zeit unseres Stadttheaters seit 1915 in ihrem künstlerischen Gesamtergebnis der früheren Zeit weit überlegen ist. Dieser Erfolg fällt um so schwerer ins Gewicht, als er unter den unaufhörlichen und kaum zu überwindenden Bedrängnissen der Kriegszeit erzielt wurde. Ermöglicht die Friedenszeit die ungestörte Entfaltung der Kunst und den gesicherten Gang der Verwaltung, so wird manche der bisherigen Einwendungen gegenstandslos und für Herrn Sachse erst die volle Voraussetzung zur Betätigung seines ganzen Könnens geschaffen werden. Er hat in Kriegszeiten das relativ Beste vollbracht und wird in Friedenszeiten das absolut Gute hervorbringen. Die in der Person des Herrn Sachse liegende Gewähr hat die Theaterdeputation und den Magistrat zu dem Vorschlage seiner Berufung in die Intendanz geführt. Allerdings ist es eine Unmöglichkeit, die eigene Regie am 1. September 1919 einzuführen und für denselben Zeitpunkt die Wahl eines Intendanten aus einem großen Kreise von Bewerbern durch Ausschreibung der Stelle zu ermöglichen. Diese Sachlage dürfte jedoch unter keiner Bedingung zur Wahl des Herrn Sachse führen, wenn seine Berufung nicht als eine zweifelsfrei gute Wahl gerechtfertigt wäre. Anderenfalls würde nichts übrig bleiben, als den gegenwärtigen Pachtvertrag unter Uebernahme des finanziellen Risikos seitens der Stadt bis zum 1. September 1920 fortzusetzen, und in der Zwischenzeit die Ausschreibung zu bewirken, aber auf die Einführung der eigenen Regie schon am 1. September 1919 zu verzichten. Diesen Weg hat die Stadtverordneten-Versammlung durch ihren Beschluß bereits abgelehnt, und die Wahl des Herrn Sachse wird nicht aus einer Zwangslage heraus, sondern aus der freien Ueberzeugung einer guten Wahl und auf der Grundlage eigener Kenntnis, wie sie gegenüber keinem fremden Bewerber gewonnen werden könnte, empfohlen. Beworben hat sich Herr Sachse um die Stelle nicht. Auf diesseitige Anfrage hat er sich bereit erklärt, in Verhandlungen über einen Intendanzvertrag einzutreten, sofern ihm die Bedingungen, welche der Gemeindebeschluß festsetzen wird, annehmbar erscheinen und dadurch das Vertrauen der städtischen Körperschaften zum Ausdruck kommt, ohne das er seine neue Tätigkeit zuverschlich nicht beginnen kann."

Der Berichterstatter der Theaterkommission, Stdtv. **Brinkmann**, spricht sich gegen die Vorlage aus, die eine Anstellung des Theaterdirektors **Sachse** als Intendanten auf 4 Jahre vorsieht. In der Theaterkommission ist die Vorlage mit 6 gegen 4 Stimmen angenommen worden. Berichterstatter führt aus, daß die Begründung des Magistrats zu der Vorlage das Lob des Herrn Sachse in allzu hohen Tönen singt. Etwas weniger Lob wäre mehr Lob gewesen. Es ist keineswegs so, daß die Widersacher Herrn Sachses sich lediglich aus den „berkannten Dichtern" in Halle und den früheren Mitgliedern des Richardschen Ensembles zusammensetzen, die jetzt irgendwo ein Konkurrenztheatrium eröffnet haben und Einspruch erhoben (Diese Bemerkungen spielen unseres Wissens auf Aeußerungen Obebürgermstr. Dr. **Rives** in der Sitzung der Theaterdeputation an. D. Red.), sondern es gehören **wirklich weite** Kreise ernster Kunst- und Theaterfreunde zu dieser Gegnerschaft. Vor allem aber ist zu bedenken, daß bei der Anstellung Direktor Sachses s. Zt. das finanzielle Moment nicht ohne ausschlaggebenden Betracht blieb; die damalige Ausschreibung bedingte bekanntlich die Hinterlegung einer Kaution von 20 000 M. Es wäre ungerecht, diesen Zustand um Jahre zu verlängern. Herr Dir. Sachse hat erklärt, daß er sich auf eine einjährige Intendanz nicht einlassen und im Falle einer Ausschreibung nicht bewerben werde. Man soll mit Herrn Sachse verhandeln, ob er bis zum August 1920 Intendant werden will. Redner betont, daß nach der künftigen Einteilung der Geschäfte die **Theaterdeputation das Theaterregiment** führen werde. — Im Auftrage des Haushaltsausschusses empfiehlt Stadtv. Bock die Vorlage. — Stadtv. **Herold** (Dtschn.) stellt den Antrag, die **Besetzung des Intendantenpostens auszuschreiben**, und führt aus: Dieselbe Frage, vor der wir augenblicklich mit der Anstellung eines Theaterintendanten stehen, ist unlängst in Nordhausen gelöst worden. Man hat es dort nicht ehrenrührig gefunden, was einem bei uns in dieser Richtung peinlich erscheint. Die ganze Vorlage krankt daran, daß sie sich auf eine Person festlegt und jede Lösung der Frage unter diesem Gesichtspunkte betrachtet. Was sagen die Herren und Damen vom anderen Ufer dazu, daß ihr demokratisches Prinzip in dieser Angelegenheit so völlig mißachtet wird? Wo bleibt die Anwendung des Satzes: Freie Bahn allen Tüchtigen!? Es ist aus **grundsätzlicher** Erwägung zu fordern, daß die Stellung ausgeschrieben wird; es darf jedenfalls nicht im Voraus darüber verfügt werden. Die Vorlage bringt in ihrer Begründung **überschwängliche** Worte der Anerkennung. Was wäre geworden, wenn die ursprüngliche Magistratsvorlage durchgekommen wäre? Dann hätte Herr Dir. Sachse seine Stellung bis 1920 auch innehalten müssen. Nachdem diese erste Vorlage durch eine Zufallsmehrheit fiel, soll nun auf einmal die Künstlerehre Herrn Direktor Sachses auf dem Spiel stehen! Redner kritisiert weiter die egozentrische Art des ganzen Verfahrens in der Sache, das auch durch die Drohung Herrn Dir. Sachses, sich weder auf einjährigen Kontrakt noch auf eine Ausschreibung einzulassen, gekennzeichnet wird. Redner gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß sich im Falle einer Ausschreibung soundsoviele beachtenswerte Bewerber finden werden. — Stadtv. **Borges** (Dem.): Der Beschluß, eine Ausschreibung der Stelle zu veranstalten, würde ein **Mißtrauensvotum für den Theaterdirektor** bedeuten. Wer die Ausschreibung will, der will Herrn Sachse nicht! Dahinter versteckt man irgend etwas. Schwerwiegende Momente irgendwelcher Art gegen ihn liegen nicht vor. Wir wissen nicht, wen wir bekommen, Herr Dir. Sachse bietet uns durch seine bisherige Direktionsführung Garantien, vor allem in finanzieller Hinsicht. Unser Theater nimmt heute in künstlerischer und sozialer Beziehung einen geachteten Platz ein. — Stadtv. **Bock** (Unabh.): Wir können den Eigenbetrieb des Stadttheaters nicht übernehmen, wenn Dir. Sachse den Intendantenposten nicht übernimmt. Redner geht näher auf die Sache ein und zieht allerlei persönliche Momente in die Debatte. — Stadtv. **Herzfeld** (Dem.): Für mich handelt es sich bei der Angelegenheit nicht um die künstlerische Frage. Ich bin für die Ausschreibung, weil mit der Intendantur eine völlig neue Einrichtung geschaffen wird. — Stadtv. **Herold** (Deutschnat.): Aus den Ausführungen der Gegner habe ich nichts entnehmen können, was **sachlich** gegen die Ausschreibung zu sagen wäre. Alle jene Darlegungen gehen von einer **Person** aus, deren Vortrefflichkeit sie rühmen, und umgehen den sachlich springenden Punkt. Auch das in der Aussprache erwähnte **soziale** Moment wird mir zu sehr in den Vordergrund geschoben. Auch das ist zu erwägen; aber es ist **nicht das Ausschlaggebende. Das Entscheidende bleibt vielmehr das künstlerische Moment!** Die Sozialisten haben in einer früheren Sitzung selbst für den Antrag gestimmt, der eine Anstellung des Dir. Sachse als Intendanten auf ein Jahr vorsah. — Stadtv. **Koenen** (Unabh.) wünscht, daß die künstlerischen Kräfte des Stadttheaters künftig zur Mitwirkung an Veranstaltungen außerhalb des Theaters nicht erst der besonderen Erlaubnis des Direktors oder irgend einer anderen Stelle bedürfen. Die Teilnahme an irgendwelchen Veranstaltungen soll ihnen ohne weiteres gestattet sein. — Bei der Abstimmung wird der Antrag **Herold** abgelehnt, die Vorlage angenommen. —

Der Intendanz-Vertrag

mit Herrn Dir. Sachse besagt im wesentlichen folgendes:

§ 1. Das zwischen den Vertragschließenden bezüglich des Stadttheaters zu Halle bestehende Rechtsverhältnis, insbesondere der Vertrag vom 1. Juli 1914, wird vom 31. August 1919 ab aufgehoben. — § 2. Herr Sachse übernimmt am 1. September 1919 als Intendant die künstlerische, technische und wirtschaftliche Leitung des Theaterbetriebes der Stadtgemeinde Halle nach Maßgabe der Beschlüsse der Theaterdeputation sowie der Anordnungen und der für den Theaterbetrieb jeweilig geltenden Verwaltungsordnung des Magistrats. Er verpflichtet sich, die Leitung so zu führen, daß der Theaterbetrieb dem Kunstleben Deutschlands entspricht, sich in würdigen Formen hält und die Anforderungen erfüllt, welche an eine großstädtische, in eigener Verwaltung der Stadtgemeinde befindliche Kunst- und Bildungsstätte gestellt werden müssen. — § 3. Während der Vertragsdauer hat Herr Sachse seine volle Arbeitskraft ausschließlich dem städtischen Theaterbetriebe zu widmen und darf sich weder unmittelbar noch mittelbar an einem anderen Theater- oder kinematographischen Unternehmen beteiligen oder ein solches mit Rat oder Tat unterstützen. — § 4. Herr Sachse überträgt die von ihm erworbenen Aufführungsrechte auf die Stadt Halle ohne besondere Gegenleistung. — § 5. Das Anstellungsverhältnis begründet für Herrn Sachse keinerlei Beamtenrecht und richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften über den Privatdienstvertrag. Die hinsichtlich der Ruhegehaltsberechtigung und Hinterbliebenenversorgung für städtische Beamte und Angestellte geltenden Bestimmungen finden auf ihn keine Anwendung. — § 6. Herr Sachse erhält ein Jahresgehalt von 20 000 Mk., welches zu Beginn des Vertragsbeziehungsjahres mit 5000 Mk. im voraus gezahlt wird. Sollte der Betrieb des Stadttheaters vor Ablauf der Vertragszeit eingestellt werden, so hat der Intendant Anspruch auf die Hälfte des Jahresgehalts.

Antrag betr. Verbilligung der Lebensmittel

Eine längere Aussprache ruft der Antrag der Unabhängigen Fraktion über die **Verbilligung der Obst- und Gemüsepreise, sowie der Fett- und Fleischpreise** in unserer Stadt hervor, den Stadtv. **Kürbs** begründet. Er führt aus, daß die gegenwärtig hohen Preise für Kirschen und Erdbeeren es dem Minderbemittelten nicht gestatten, die Lebensmittel zu kaufen. Dasselbe ist mit dem Gemüse der Fall. Diese fabelhaft hohen Obstpreise seien auf die hohen Pachtpreise zurückzuführen, aber trotzdem gebe es in vielen Städten, so in Merseburg, billige Kirschen, das Pfund zu 45 bis 75 Pfg. Warum ist dies in Halle nicht möglich? Eine weitere Mißstimmung in der Bevölkerung hat das teure Gefrierfleisch hervorgerufen und das in letzter Woche zur Verteilung gelangte Büchsenfleisch beigetragen, das nach des Redners Schätzung einen **Wert** von 35 Pfg. aufweist und 7 M. hat. Es ist vielfach die Meinung aufgetaucht, daß das Büchsenfleisch das bekannte Hamburger Fabrikat sei. Weiter stellt Redner die Behauptung auf, daß die **Kartoffeln**, die in der Talamtschule von 40 Pfg. das Pfund verkauft werden, ausgelesene Kartoffeln, während die für 20 Pfg. zur Hälfte minderwertig seien. Die Arbeiterschaft fordert vom Magistrat eine Erklärung, wie er Abhilfe zu schaffen gedenkt. Würde der „Arbeiterrat" nicht heruhigend auf die Arbeiterschaft einwirken, so sähe es in Halle ebenso aus wie in Hamburg, Berlin usw. Stadtv. **Minner** pflichtet dem Vorredner im Wesentlichen bei, nur über die Art der Abhilfe ist er anderer Meinung. Die Nahrungsmittel werden lediglich durch die Kriegsgesellschaften verteuert. Das Hauptübel, infolgedessen unsere Lebensmittel so teuer sind, ist der **schlechte Stand unserer Valuta im Auslande**; auch wirkt jeder Putsch und jede Unruhe im Inlande rückschlagend auf unsere ganze Lebensverhältnisse. — Stadtv. **Carlson** (Dschnat.) begrüßt ebenfalls die Anregungen, die zur Verbilligung der Lebensmittel führen sollen, er befürchtet nur, daß wir bei billigen Preisen überhaupt kein Obst und kein Gemüse in Halle bekommen würden. Auch die bürgerlichen Kreise sind über die letzten Fleischlieferungen sehr erregt. Was Stadtv. Kürbs über die Kartoffeln behauptet, das trifft nicht zu, das Gegenteil ist der Fall. Im ganzen kann nur durch Hebung unserer Valuta unsere Lebensunterhaltung verbessert werden. — Stadtrat **Pfautsch** erklärt, daß der Magistrat die jetzigen Zustände schon im März vorausgesehen habe; der Magistrat habe stets darauf gedrängt, daß die Verpachtung der Obstpreise in anderer Weise vor sich gehen soll. Die einzige Möglichkeit, die Preise herabzusetzen, ist die, Richtpreise festzusetzen. Dem Magistrat ist es gelungen, durch Vermittlung einiger Landräte die Lieferung auf 500 Ztr. Kirschen abzuschließen. Ob wir sie bekommen, steht noch dahin. Diese 500 Ztr. reichen aber kaum für die Krankenhäuser usw. zu. Einen Einfluß auf die allgemeinen Preise auszuüben, wird nicht möglich sein. Stadtrat **Kinne** betont, daß der Magistrat ebenfalls die hohen Preise bedauert. Der Magistrat habe nur in der äußersten Not zu dem Büchsenfleisch gegriffen; es handelt sich dabei **nicht um ein Hamburger Fabrikat**; das Fleisch stamme aus Warmen. Die der Ernährungskommission vorgelegten Proben waren völlig einwandfrei, und weil die hiesige Eisenbahnverwaltung schon vorher einen großen Posten des Fleisches bezogen hatte, glaubte man, daß das Fleisch gut sei. Die Stadt sei stets bestrebt, die Ware ohne nennenswerten Preisaufschlag abzugeben; sie habe das Büchsenfleisch mit 6,38 M. eingekauft. Stadtv. **Koenen** behauptet, daß nicht die Valuta die Schuld an der Teuerung trage, sondern die „Kriegsverlängerer". Seit mehreren Wochen habe die Stadt Halle kein Frischfleisch bekommen, während andere Städte neben den Zulagen auch wöchentlich Frischfleisch erhalten. Genau so liege es mit den Eiern. Der Magistrat müsse bei den zuständigen Stellen mit mehr Nachdruck auftreten, damit Halle hinter anderen Städten nicht zurückstehe. Demgegenüber betont Stadtrat **Kinne**, daß vom Magistrat in der Lebensmittelbeschaffung nichts verabsäumt worden ist; es ist alles Erdenkliche getan worden. Es ist allerdings Tatsache, daß unsere Nachbarstädte Weißenfels, Naumburg usw. Frischfleisch erhalten haben, Halle hingegen schon seit viel Wochen keins. Das liege lediglich am Viehhandelsverband. Halle benötigt wöchentlich 350 Rinder, hat aber in drei Wochen etwa nur 70 Rinder erhalten. Stadtv. **Mangold** führt diese ungenügende Zuteilung auf die Zentralisierung der Viehhandelsverbände zurück. Die Großstädte werden immer am schlechtesten mit Vieh versorgt. Stadtv. **Gelhaar** macht dem Magistrat den Vorwurf, warum er die ihm angebotene **Butter** für 14 M. nicht aufgekauft habe und jetzt das weit teurere Schmalz zum Verkauf zulässt. Auch in der Butterverteilung stehe Halle anderen Städten weit zurück. Die Bürgerschaft brauche sich nicht zu wundern, wenn die Arbeiterschaft ungeduldig wird. — Stadtv. **Finger** bedauert ebenfalls die hohen Preise der Lebensmittel, aber die Stadt könne unmöglich noch höhere Zuschüsse leisten als jetzt bereits. Die Staffelung der Preise in der letzten Zeit habe der Stadt bis heute 4—500 000 M. Kosten verursacht; darüber hinausgehen, sei wohl nicht angängig. Redner weist ferner darauf hin, daß selbst eine Stadt so ständig und reichlich mit Kartoffeln versorgt worden ist, wie Halle. — Die Debatte geht weiter. —

(Schluß folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907011-15/fragment/page=0003

Halle und Umgebung

Halle, 1 Juli.

Schlichtungsausschuß und Arbeitgeber

Der Schlichtungsausschuß läßt uns folgendes als Berichtigung zugehen:

Die Veröffentlichung des Deutschen Braunkohlen-Industrie-Vereins zur Angestelltenbewegung im Mitteldeutschen Braunkohlenbergbaugebiet steht in wesentlichen Punkten mit Tatsachen, die auch dem Deutschen Braunkohlen-Industrie-Verein bekannt sind, nicht im Einklang. Im Interesse des wirtschaftlichen Friedens sieht es daher der Schlichtungsausschuß in seiner vollen Besetzung für seine Pflicht an, eine amtliche Berichtigung der wesentlichen Tatsachenunrichtigkeiten eintreten zu lassen.

1. Der Deutsche Braunkohlen-Industrie-Verein schreibt: Auch bei der Sitzung am 7. Juni 1919 gestellte Vertagungsantrag wurde abgelehnt, „und der Vorsitzende vergaß seine unparteiische Stellung soweit, daß er in schroffer Weise den Arbeitgebern eine bewußte Verschleppung des Verfahrens vorwarf." Diese Behauptung widerspricht den Tatsachen; denn der Schlichtungsausschuß hat nach eingehender Beratung die Vertagung einstimmig aus folgenden Hauptgründen abgelehnt:

1. Im Hinblick auf die Erregung in der Angestelltenschaft, die ein Anrecht auf Beginn und Abschluß der Verhandlungen hatte;
2. in Berücksichtigung dessen, daß durch den so spät gestellten Vertagungsantrag der Anschein der Verschleppung erweckt sei, und dieser Eindruck durch die Erklärung des Vertreters der Bergwerksunternehmungen, er sei nicht unterrichtet und könne nicht verhandeln, vertieft sei;
3. in Erwägung ferner, daß dieser Anschein durch das eigenartige Verhalten der Bergwerksunternehmungen in Sachen der Lohnbewegung der Bergarbeiter des Mitteldeutschen Braunkohlengebietes (die unverständliche Nichtunterwerfung unter den Schiedsspruch, irreführende Veröffentlichung über die Verhandlungen in der erwähnten Sache im preußischen Handelsministerium und Reichswirtschaftsministerium) verstärkt sind, und
4. in Erwägung, daß die Angestelltenschaft auf einbringliches Verlangen des Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses bis zur Entscheidung des Schlichtungsausschusses vom Eintreten in den Streik absehen wolle.

Diese Gründe sind im Namen des Schlichtungsausschusses den Arbeitgebern mitgeteilt worden. Der Vorsitzende hat in seiner amtlichen Mitteilung und zwar im Namen des Schlichtungsausschusses an die Parteien wiederholt ausdrücklich betont, daß das Verhalten des Braunkohlen-Industrie-Vereins geeignet sei, den Anschein der Verschleppung zu erwecken. Es ist also unrichtig, daß dem Braunkohlen-Industrie-Verein bewußte Verschleppung vorgeworfen sei.

2. Der Deutsche Braunkohlen-Industrie-Verein schreibt über die Sitzung vom 12. Juni 1919: „Die Arbeitgeber durften erwarten, daß ihren wiederholten Versicherungen Glauben geschenkt würde, und waren daher in begreiflicher Erregung, als der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses nicht nur an seiner Behauptung der bewußten Verschleppung festhielt, sondern sogar den Arbeitgebern jegliches Verständnis für die mühevolle und zeitraubende Tätigkeit des Schlichtungsausschusses, die Fragen der jetzigen Zeit und die Bedürfnisse der Arbeitnehmer absprach. Aus diesem Verhalten des Vorsitzenden konnten die Arbeitgeber mit Recht schließen, daß mit einer sachlichen, unparteiischen Beurteilung der Angelegenheit durch den Vorsitzenden nicht mehr zu rechnen sei. Sie verließen daher die Sitzung."

Auf Grund des Sitzungsprotokolls ist festzustellen, daß auch in dieser Sitzung ausdrücklich wieder hervorgehoben wurde, daß nur gesagt worden sei, das Verhalten sei geeignet, den Anschein der Verschleppung zu erwecken.

Es ist ferner ausdrücklich in der Sitzung festgestellt worden, daß der Vorsitzende nur gesagt habe, er verkenne keineswegs die schwere Lage der Unternehmer, es scheine ihm aber auf Grund der mit den Bergwerksunternehmungen in Sachen der Bergwerksarbeiter gemachten Erfahungen, als ob die Unternehmer nicht immer das richtige Verständnis für die heutige Zeit hätten.

Im übrigen hat der Schlichtungsausschuß gleich nachdem die Arbeitgeber in der Sitzung vom 22. Juni den Sitzungssaal verlassen hatten, die Vorgänge einer eingehenden Erörterung unterzogen und einstimmig (drei Vertreter der Arbeitgeber und drei der Arbeitnehmer) die Ansicht ausgesprochen, daß für die Vertreter der Arbeitgeber keinerlei Grund für das Verlassen des Verhandlungssaales vorgelegen hätte.

Der Schlichtungsausschuß ist immer bestrebt gewesen, die Gegensätze zwischen den Parteien auszugleichen und bedauert sehr, daß dies seine Bestrebungen in diesem Falle so wenig Unterstützung gefunden haben.

Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses für Halle und den Saalkreis:
gez. Joerges.
Die Arbeitgebervertreter:
gez.: W. Schatz. Buchmann. Erich Loose.
Die Arbeitnehmervertreter:
gez.: Paul Gröbel. Hugo König. Karl Pfeiffer.

Der Prozeß Klüber

Die Sachverständigen-Gutachten.

Als erster Sachverständiger gibt Herr Geheimrat Dr. Beneke über den Leichenbefund Auskunft. Die Leiche des ermordeten Oberstleutnants von Klüber ist am 7. März aus dem Wasser gezogen worden. Die inneren Teile der Bekleidungsstücke waren mehr verletzt als die äußeren; der Körper war ungewöhnlich stark und muskulös, innere Krankheiten, die zum Tode hätten führen können, lagen nicht vor. Der Körper wies drei Schußkanäle auf, sowie einzelne Verletzungen an den Fingern, eine Kopfwunde, die vom Schlagen herrühren konnte, und eine Verletzung an der rechten Stirn. Die erste Schußverletzung befindet sich am linken Oberschenkel, der Schuß ist aus einer Armeepistole gekommen; einen unmittelbaren Einfluß auf die Herbeiführung des Todes hatte er nicht, es konnte aber eine Lähmung des Beines und damit eine Verringerung der Widerstandskraft herbeigeführt werden. Die zweite Schußwunde ging durch den obersten Brustkorb, wo sich eine Einschuß- und eine Ausschußöffnung vorfanden; dieser Schuß ging in die Lunge, in der eine fingerdicke Zerreißung festgestellt wurde; das Geschoß war nur von geringer Durchschlagskraft, es ist daher wahrscheinlich, daß es nicht von einem Infanteriegewehr, sondern von einem Revolver herrührt. Der dritte Schuß ist der tödliche Schuß, er ging nach dem fünften Halswirbel und hat auch das Rippenfell vollkommen quer durchtrennt; es zeigte sich eine bedeutende Zerstörung und Zertrümmerung des linken Oberarmes, herbeigeführt durch einen außerordentlich starken Flüssigkeitsdruck, und das kann nur durch eine Gewehrkugel, nicht durch eine Revolverkugel geschehen sein. Der Schuß muß in einer Entfernung von etwa 12 Schritt abgegeben sein, der Tod erfolgte sofort; die Verletzung des Halsmarkes würde an sich nicht den unmittelbaren Tod veranlaßt haben, doch kam eine hochgradige Erschütterung der Teile hinzu, in der sich die Nervenzentrale befindet. Es ist wahrscheinlich, daß die außerordentliche Erschütterung, die sich auf die Flüssigkeitsmenge des zertrümmerten Markes fortsetzte, den Tod herbeiführte. Es wäre denkbar, daß nach dem Schuß auch ein Herzschlag eingetreten ist, allein das ist eine akademische Frage, jedenfalls stellt die Schußverletzung die Todesursache dar. Der Tod des Herrn v. Klüber würde auch dann eingetreten sein, wenn der letzte Schuß nicht gefallen wäre, wenn auch erst nach längerer Zeit. Auf Grund des Befundes liegt für den Sachverständigen Grund zu der Annahme vor, daß nach dem Kopfe des Herrn v. Klüber geschossen worden ist, der Tod ist nach dem letzten Schusse sofort eingetreten.

Das Gutachten der Sachverständigen Professoren Dr. Schulz und Dr. Siefert über Bauer geht dahin, daß er simuliert und sich hier verstellt, um geisteskrank zu erscheinen; er scheut vor keiner Lüge und Entstellung zurück, um seine Zwecke zu erreichen; er hat auch nicht im Zustande der Bewußtlosigkeit gehandelt, ist vielmehr für seine Tat voll verantwortlich. Professor Siefert besonders hat niemals Gefühle des Mitleids und hier sein Bauer feststellen können, er ist möglicherweise hysterisch krank, aber doch voll verantwortlich.

★ **Der Protest gegen die mitteldeutsche Meisterschaft,** welchen bekanntlich Ring, Dresden, eingelegt hat, fand in der gestrigen Sitzung des Hauptspielausschusses noch keine Erledigung. Die Verhandlungen wurden abgebrochen, da angeblich neue Momente den Protest als begründet erscheinen lassen und diese erst noch geprüft werden sollen. Näheres darüber in der heutigen Mittagsausgabe.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem ✱ versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Die Sozialisierung des Mühlengewerbes

im Regierungsbezirk Merseburg.

Veranlaßt durch Lohnerhöhungen und durch Einführung des 8-Stunden-Arbeitstages wird im Regierungsbezirk Merseburg zurzeit über Erhöhung des Mehl- und Brotpreises gesprochen. Damit rücken die Verhältnisse des Mühlengewerbes im Bezirk wie so oft schon im Kriege in den Vordergrund des öffentlichen Interesses, und es fehlt dabei nicht an Stimmen, die Sozialisierungsforderungen der Gegenwart auch auf dieses Gewerbe auszudehnen. Demgegenüber wird die Darstellung Beachtung finden, daß in der weit überwiegenden Mehrzahl der Kommunalverbände des Regierungsbezirks das Mühlengewerbe seit Anfang 1915 so organisiert ist, daß auch extreme Sozialisierungswünsche auch einer anderen Form der Organisation nicht verlangen können. In 11 Kommunalverbänden sind sämtliche Mühlen auch unter Ausschluß der größeren Betriebe zu eingetragenen Genossenschaften zusammengeschlossen, in denen Aufsichtsrat oft auch durch Anteile der Kommunalverband vertreten ist. Die Genossenschaft verteilt das gesamte zur Verfügung stehende Getreide nach einem sogenannten „Kontingentschlüssel" über sämtliche Betriebe, berechnet nach deren Leistungsfähigkeit. Das entstehende Mehl und die entfallende Kleie wird nach Verfügung der Genossenschaft an die Bäcker usw. verteilt. Sämtliche Mühlen erhalten die Vergütungssätze, wie sie durch eine im Kreisausschuß erörterte genaue Unkostenberechnung festgestellt worden sind, ohne daß es nur einer Mühle möglich ist, sich etwa mehr Getreide, d. h. mehr Beschäftigung oder eine höhere Vergütung zu verschaffen. Die Angelegenheiten der Genossenschaften werden durch die Beschlüsse der Ernährungsausschüsse geregelt. Der Kommunalverband hat schon durch seine Mitgliedschaft jedes Einspruchsrecht. Dies ist die Form der Organisation der Agrarindustrie, wie sie auch von extremen Sozialisierungstheoretikern (wir nennen Dr. Neurath, München) für die Verhältnisse des flachen Landes seit langem gefordert wird. Von einer Enteignung der ländlichen Industrie spricht auch das Aktionsprogramm Kautzkys vom Januar 1919 nicht. Es würde somit auch bei weitgehendster Sozialisierung des Mühlengewerbes und des Brotgetreideverkehrs, soweit es die Mühlen betrifft, eine andere Form der Sozialisierung nicht vorgeschlagen werden können. Bekannt ist, daß die der oben geschilderten Form entgegengesetzte Uebertragung der ganzen Arbeit an die höchst rentabelsten und technisch entwickelsten Großbetriebe im Regierungsbezirk schon deswegen nicht durchgeführt werden könnte, weil im ganzen Bezirk nur vier wirkliche Großbetriebe vorhanden sind, die eine Versorgung dieses großen Kreises mit Mühlenprodukten und Futterstoffen aber auch nicht leisten könnten. Dieser Organisation verdankt es auch der Regierungsbezirk, daß er in den selbstwirtschaftenden Bezirken erheblich niedrigere Brotpreise in den letzten vier Jahren gehabt hat als die nicht selbstwirtschaftenden Bezirke. Das Dargestellte beweist, daß die Sozialisierungswünsche, soweit sie sich auf das Mühlengewerbe erstrecken, im größten Teile des Regierungsbezirks seit Jahren schon Erfüllung gefunden haben. Die Geschäfte werden dort „durch die Oeffentlichkeit für die Oeffentlichkeit" geführt, so daß Ueberschüsse, die mehr darstellen als den Arbeitswert des Betriebes, den Kommunalverbänden, also der Oeffentlichkeit, zufließen. Wer sich allerdings unter „Sozialisieren" Teilen oder Wegnahme der Betriebe vorgestellt hat, wird der geschilderten Organisation nicht zustimmen können. Das Beispiel beweist, daß ein Problem, das die Revolution brachte, schon durch den Zwang der Kriegsverhältnisse vor Jahren gelöst worden ist.

Gesellschafts-Abschlüsse

★ **Sächsenwerk Licht und Kraft A.-G., Niederfedlitz bei Dresden.** (Drahtbericht.) Die Generalversammlung genehmigte die Ausschüttung einer Dividende von 20 Prozent und beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals um höchstens 1½ Millionen auf 9 Millionen Mark. Für letztere liegt die behördliche Genehmigung vor. Für jede Aktie von 1000 M. Nennwert kann statt der Dividende eine neue, ab 1. Januar 1918 dividendenberechtigte Aktie von nominal 200 M. gegen Ueberweisung des Dividendenscheines von 1918 und eine Barzahlung von 80 M. bezogen werden. — Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde Kommerzienrat Roskotten in Loschwitz bei Dresden. Wie die Verwaltung mitteilt, ist das Unternehmen auf die Friedenswirtschaft erfolgreich umgestellt und mit der Fabrikation von Motoren gut beschäftigt. Die Vorräte an Hohgranaten seien Eigentum des Staates. Das mit 10 200 000 M. ausgewiesene Effektenkonto enthält hauptsächlich Kriegsanleihe, von der aber inzwischen durch den Kauf von Heeresgut ein großer Betrag abgestoßen sei; die weiteren Beträge werden ebenfalls abgestoßen werden. Bezüglich der Geschäftslage wird auf den Geschäftsbericht verwiesen mit dem Hinzufügen, daß im Monat Mai neue Aufträge recht gut hereingekommen seien.

★ **Deutsche Landwirtschaftliche Treuhandbank A.-G., Leipzig.** (Drahtbericht.) Das Unternehmen schloß das Geschäftsjahr 1918 mit einem Verlust von 85 589 M. (im Vorj. 896 M.) Verlust ab.

— **Baumwollweberei Mittweida.** Die Generalversammlung, in welcher 600 000 Mk. Aktienkapital vertreten war, erteilte der Verwaltung Entlastung und genehmigte die Verteilung einer sofort zahlbaren Dividende von 8 Proz.

Fahrzeugfabrik Eisenach. In der Generalversammlung wurde die Verteilung von 10 Proz. gegen 25 Proz. Dividende beschlossen. Auf Anfrage teilte die Verwaltung mit, daß sich das erste Halbjahr des neuen Geschäftsjahres nicht gerade günstig angelassen habe. Die lebhaften Unruhen im März und April sowie die großen Streiks haben das Erträgnis naturgemäß beeinflußt, und es werde alles davon abhängen, wie sich die Arbeitslust heben wird, um dem Unternehmen wieder zu einer regelmäßigen Tätigkeit zu verhelfen.

— **Braunschweigische Maschinenbau-Anstalt.** Der Aufsichtsrat schlägt für das am 31 März beendete Geschäftsjahr 1918/19 eine Dividende von 8 Proz (i. V. 12 Proz.) vor. Das Ergebnis des ersten Halbjahres war sehr günstig und wurde durch den Verlust des zweiten Halbjahres nicht ganz aufgezehrt.

— **David Richter A.-G. in Chemnitz i. Sa.** Der Betriebsgewinn ging im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 961 416 Mk. (1 123 790 Mark) zurück. Nach Abschreibungen von 107 207 Mk. (109 471 Mk.) ergibt sich zuzüglich Vortrag ein Reingewinn von 641 635 Mk. (814 480 Mk.), woraus, wie bereits gemeldet, für 1918/19 10 Proz. (16 Proz.) Dividende verteilt werden sollen. Wie der Vorstand berichtet, konnten durch Freigabe von Baumwolle und Seidengarnen Anfang dieses Jahres eine größere Anzahl von Tüllmaschinen wieder in Gang gesetzt werden. In der Bilanz werden u. a. ausgewiesen: Effekten mit 136 764 Mk. (741 718 Mk.), Bestände mit 679 725 Mk. (698 233 Mk.), Debitoren mit 1 552 492 Mk. (1 031 960 Mk.) und Kreditoren mit 206 997 Mk. (274 468 Mk.).

— **Gewerkschaft Walbeck in Walbeck.** In der außerordentlichen Gewerkenversammlung, in der 860 Kuxe vertreten waren, wurde die beantragte Erteilung der besonderen Ermächtigung an den Grubenvorstand zur Bestellung einer Sicherheitshypothek im Betrage von 2 Mill. Mark ausgesprochen und zwar mit 846 gegen 4 Stimmen.

— **Maschinenfabrik Akt.-Ges. vorm. Wagner u. Co. in Köthen.** Für 1918 erzielte das Unternehmen einen Betriebsgewinn von 2.655.067 (2 468.629) Mk., zu dem der Vortrag mit 87,141 (46.857) Mk. tritt. Von dem Gesamtgewinn von 2,742.208 (2.509.987) Mk. gehen die Unkosten mit 2.211.743 (1.812.000) Mk. und die Abschreibungen mit 302.741 (378.556) Mk. ab, so daß sich ein Reingewinn von 227.724 (319,156) Mk. ergibt, aus dem die Stammaktien 6 (8) Prozent und die Vorzugsaktien 8 (10) Prozent Dividende erhalten. 50.047 Mk. werden vorgetragen. Die Bilanz weist 1,727,852 (2.223,104) Mk. Vorräte und 672,282 (761 007) Mk. Debitoren aus, während Kreditoren 1,498,342 (2,732,767) Mk. zu fordern haben.

Industrie, Handel, Handwerk

Zusammenschluß sächsischer Tuchfabriken und Kammgarnweber. Auf Einladung des Verbandes sächsischer Industrieller, der auch die Vorarbeiten hierfür übernommen hatte, fand eine Versammlung sächsischer Tuchfabrikanten und Kammgarnweber statt, in der die Gründung eines Fachverbandes der Tuchfabrikanten und Kammerngarnweber Sachsens und angrenzender Gebiete einstimmig beschlossen wurde. Die Versammlung wählte zum Vorsitzenden des neuen Verbandes Fabrikbesitzer Richard Weidenmüller-Crimmitschau und 10 Beisitzer, welche die verschiedenen Gebiete Sachsens, in denen Tuchfabrikation betrieben wird, vertreten.

Verstaatlichungs-Maßnahmen in Sachsen. Die sächsische Volkskammer bewilligte 5,9 Mill. Mark zur Erweiterung des staatlichen Braunkohlenwerkes Hirschfelde, 17½ Mill. Mark zur Aufschließung der staatlichen Braunkohlenfelder in der Gegend von Böhlen, 4,6 Mill. Mark zum Ankauf der Aktien der sächsischen Unternehmen der Schuckertgruppe und 4 Mill. Mark zum Ankauf der Aktien der Landkraftwerke Leipzig, Aktien-Gesellschaft in Kulkwitz.

Die Kommunalisierung der Berliner Straßenbahn. In der Vollversammlung des Verbandes Groß-Berlin wurde der Ankauf der Straßenbahn um 187½ Prozent des Aktienkapitals beschlossen.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Die Börse war entschieden fest, namentlich in Aktien von Unternehmungen, die für den Ausfuhrhandel in Betracht kommen und rege gekauft wurden, anregend aus wieder für ausländische Rechnung. Von Hütten- und Bergwerksaktien gewannen Bochumer, Harpener und Phönix 5—6, Farbwerte erzielten bei teilweise großen Umsätzen eine gleiche Erhöhung. Elberfelder Farben stiegen sogar um 10 %. Auch Kaliwerte, ferner vereinzelt Deutsche Waffen, Vereinigte Köln-Rottweiler und Orenstein-Koppel um mehrere Prozent gesteigert. Schiffahrtsaktien waren gleichfalls ziemlich lebhaft umgesetzt und höher. Kolonialwerte erfreuten sich regen Interesses zu anziehenden Kursen. Ausländische Aktien waren ungleichmäßig. Orientbahn und Türk. Tabak waren um 5 bis 7 Prozent höher. Deutsche Anleihen waren begehrt, angeblich für ausländische Rechnung, und zum Teil ansehnlich höher. Kriegsanleihe 76¼—76⅝, Oesterreichische Anleihen teilweise gebessert, ungarische ungefähr behauptet.

Produktenbericht. Im Produktenverkehr erfolgten größere Umsätze in Heu. Bei starkem Angebot konnte die Ware zum Teil etwas billiger als am Sonnabend erworben werden. Stroh ist nur wenig begehrt. Das angebotene Material fand infolgedessen nur zum kleinen Teil Abnehmer. Bezüglich des neuen Rapsstroh trat am Markte Interesse hervor. Für Lupinen zeigte sich keine Aenderung der Lage. Die Käufer zeigten sich weiter zurückhaltend. Auch Serradella wurde nur wenig umgesetzt. Von Kleesämereien waren noch vereinzelte Angebote wenig befriedigender Ware am Markte, Käufer aber selten.

Im freien Verkehr wurden nichtamtlich ermittelt

Eisenbahn-Aktien:		Gasmotoren Deutz	125.—
Halberstadt-Blankenb.	82.75	Gebhardt u. Co.	225.75
Halle-Hettstedter	70.50	Gebhardt u. König	80.—
Schantungbahn	130.—	Gelsenkirch. Bergb.	157.25
Allg. Lokal-Str.	133.90	Glanziger Zuckerfbr.	255.—
Gr. Berl. Str.	121.½	Hallesche Masch.-Fabr.	310.—
Magdeburger Str.-B.	—.—	Hann. Masch.	225.—
Lnz. Prinz Heinrich.-B.	259.—	Harpener Berg	163.—
Orientbahn	219.—	Hasper Eisen	147.25
Schiffahrts-Akt.:		Hirsch Kupfer	219.—
Hambg. Paketfahrt	94.50	Höchster Farbw.	209.50
Hambg.-Südamerika	—.—	Hoesch Eisen u. Stahl	212.50
Hansa-Dampfschiff	201.75	Hohenlohe-Werke	90.½
Nordd. Lloyd	96.25	Humboldt-Masch.	131.—
Banken:		Ilse-Bergbau	293.—
Bank für Thür.	—.—	Kahla-Porzellan	300.½
Berl. Handelsges.	147.—	Kaliw. Aschersleben	165.—
Comm u. Diskontobank	116.—	Körbisd. Zucker-Akt.	—.—
Darmstädter Bank	105.75	Kyffhäuserhütte	127.—
Dess. Landesbank	—.—	Lahmeyer u. Co.	111.—
Deutsche Bank	186.75	Lauchhammer	150.—
Diskonto-Comm.	149.50	Laurahütte	179.75
Dresdner Bank	129.½	Linke u Hofmann	275.—
Credit-Anst. Leipzig	128.75	Ludwig Loewe u. Co.	240.—
Mitteld. Kreditbank	111.—	Lothringer Hütte	158.50
Priv.-Bank	—.—	Mannesmannröhren	171.25
Nationalbank	—.—	Oberschl. Eisenb.-Bed.	110.25
Oesterr. Kredit	—.—	do. Caro Heg.	128.50
Reichsbank	140.⅞	do. Kokswerke	188.—
Industrie-Aktien:		Orenstein u Koppel	173.—
Schultheiss-Brauerei	241.—	Phönix-Bergb.	188.75
Akt. f. Anilin	243.—	Rhein. Metall-Vorz.	170.—
Allgem. Elektr.-Ges.	180.—	Rhein Stahlwaren	141.—
Ammendorfer Papierf.	—.—	Rheinbek. Montan	188.50
Anhalter Kohlenw.	160.—	Rombacher Hütten	147.—
Annaberger Steingut	175.—	Rositzer Braunk.	105.—
Badische Anilin	332.—	Rositzer Zucker	184.—
Bergmann-Elekt.-Akt.	139.75	Sanzerhäuser Masch.	225.—
Berl. Masch.-Bau	196.75	Hugo Schneider u. Co.	175.—
Blemarckhütte	182.—	Schuckert u. Co.	129.50
Boeer Gußstahl	187.—	Siemens u. Halske	167.50
Chem. Fabrik Buckau	110.—	Stettiner Vulkan	151.50
Chem. Grieshein	275.—	Stollberger Zink.	170.—
Chem. Heyden	212.—	Strals. Spielkarten	244.—
Consolidation Schalke	219.—	Thale-Eisenhütte	249.75
Crößlwitzer Papierfabr.	213.—	Triptis-Akt.-Ges.	183.—
Daimler Motoren	195.—	Türkische Tabakregie	149.50
Deutsch-Luxemburg	147.½	Ver. Köln-Rottweiler	180.—
Deutsche Uebersee-El.	204.—	Glanzstoff Elberf.	445.—
Deutsche Erdöl	224.—	Wegelin u. Hübner	—.—
Deutsche Gasglühl.	313.—	Werneh.-Weissenf. Brk.	—.—
Deutsche Kali	171.—	Westeregeln-Alkali	220.—
Deutsche Waff. u. Mun	220.—	Wittener Gußstahl	178.—
Donnersmarckhütte	180.—	Wrede-Mälzerei	116.—
Döring u. Lehrmann	104.—	Zeich.-Kriebitzsch. Brk.	—.—
Dürkoppwerke	—.—	Zeitzer Masch.	294.50
Elberfelder Farben	275.—	Zellstoff Waldhof	183.—
Felten u. Guillaume	157.—	Otavi-Minen	117.75

Hauptschriftleiter Hermann Boettcher (Verreist).
Verantwortlich für den politischen Teil L. W. Hans Helling; für Volkswirtschaft und Sport: Hans Helling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil Albert Meyer.
Anzeigenleiter: Wagi Serben. Sämtlich in Halle a. S.
Verlag und Druck der Hallischen Zeitung Otto Thiele, Halle a. S.
Verlagsdirektor Robert Voeckel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907011-15/fragment/page=0004